

Ungeheuerliche französische „Sanktionspläne“.

Raubgelüste auf die Reichsbahn.

Die Nationalistische Parteikorrespondenz und der Bötsche Beobachter beschäftigen sich mit einem angeblichen französischen Plan, nach der Abwürfung der Konferenz von Vauzanne die Abtretung der Deutschen Reichsbahn an die Alliierten zu verlangen. Dafür würden sich die Tributgläubiger für den geschützten Teil der Reparationen für abgefunden erklären, der ungeschützte Teil würde weiterlaufen. Die Alliierten erhielten das Recht, die Bahn durch Ausnahme von Anleihen so zu belasten, wie sie es für richtig erachten. Deutschland erhalte die Möglichkeit, ähnlich wie im Saargebiet die Reichsbahn nach zehn Jahren wieder zurückzukaufen, und zwar gegen gewisse Zinsraten und Übernahme der inzwischen von den anderen auf das Reichsbahneigentum gemachten Schulden. Unter schärfer Stellungnahme gegen einen so ungeheuerlichen französischen Plan wird von der Regierung Aufklärung verlangt, was es mit diesem Projekt für eine Verbindung habe und ob die Regierung überhaupt mit einem Wort über ein solches Ansuchen verhandeln wolle.

Inzwischen ergeht sich die französische Presse mit einem gewissen sadistischen Vergnügen an der Ausmalung der Zwangsmassnahmen, die Frankreich anwenden müsse, wenn Deutschland nicht zahle. Genannt werden die Ablehnung aller Kredite an die Reichsbahn ohne Rücksicht auf die deutsche Währung, die Kündigung des Handelsvertrages und die Einführung einer Sondersteuer von 26 Prozent auf alle deutschen Einfuhrwaren. Auf diese Weise lasse sich ein Ausgleichsfonds für die ausfallenden Tributzahlungen schaffen. Der deutsche Handel und die deutsche Wirtschaft müßten Ersparnisse für die durch den bösen Willen Deutschlands verweigerten Schuldentilgungen aufbringen.

Reichsbahn kein Tributobjekt.

Zu den Gerüchten über einen französischen Plan, die Abtretung der Deutschen Reichsbahn zu verlangen und sie für Rechnung der Tributgläubiger auszubenten, erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß ein solcher Plan der Reichsregierung nicht vorliegt, daß aber über ein derartiges Ansuchen auch nicht verhandelt werden würde.



Das wäre ein fetter Bissen!

Besprechung Laval-Macdonald.

Vorausichtlich noch vor Wochenende.

Obgleich ein Termin für die bevorstehende Zusammenkunft zwischen den Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands noch nicht feststeht, nimmt man allgemein an, daß die Besprechungen noch vor Ende dieser Woche stattfinden werden.

Man betont in Pariser politischen Kreisen, daß die französische Regierung sich einer Wirtschafts- und Finanzkonferenz im Rahmen des von den Baseler Sachverständigen aufgestellten Plans nicht entziehen würde und auch bereit wäre, in der Reparationsfrage entgegenzukommen zu zeigen, wenn die Genfer Abrüstungskonferenz zu einer größeren Sicherheit in Europa führen würde.

Macht statt Recht.

Ausblick auf Genf.

Daß die Abrüstungskonferenz in Genf, zu der jetzt nach der geglückten Vauzanne Tributkonferenz die Staaten rufen, uns einen erheblichen Schritt auf dem Wege zur „Achtung des Krieges“ vorwärtsbringen wird, daran glauben wohl nur noch unverbesserte Optimisten. Andere wieder heucheln diesen Glauben, um nachher, wenn die Sache schiefgegangen ist, erkaufen an ihre Brust schlagen und sagen zu können: Wir tragen keine Schuld, ihr wißt, daß wir guten Willens und guten Glaubens waren, als wir nach Genf gingen. So lassen die Bestimmungen, mit denen die Völker erneut zur Sicherung des Weltfriedens schreiten, wenig Hoffnung auf einen Erfolg ihrer Beratungen. Aber über die höchsten Papierwert habenden Resultate der Konferenz hinaus, wird ihr Verlauf insofern einschneidende Bedeutung haben, als von der Stellungnahme der Hauptteilnehmer zu den Rüstungsfragen nicht zuletzt die Haltung der Vereinigten Staaten zu dem Schuldenproblem und damit zu dem Tributkonflikt abhängen wird. Hat doch der amerikanische Kongreß klipp und klar erklärt, daß für ein weiter aufstrebendes Europa eine Verminderung oder Streichung der Kriegsschulden nicht in Frage käme. Streicht aber der Hauptgläubiger nicht, so erklären die Gläubiger Deutschlands, sie könnten auch nicht streichen. So schiebt einer den anderen vor und inzwischen geht das Verderben seinen Lauf.

Frankreichs unnahegelegigen Rüstungsstandpunkt verkündet erneut Paul-Boncour, der stellvertretende Vorsitzende der französischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz. Seine Ausführungen gipfeln in der Feststellung, daß Frankreich zur Rüstungsbeschränkung in dem Maße bereit sei, wie ihm internationale Sicherheitsgarantien geboten würden. Er weist sodann darauf hin, daß in den letzten Monaten ein Sonderausschuß die französischen Grundzüge für die Abrüstungs-

konferenz genau ausgearbeitet habe. Sie bedeuten eine logische Fortsetzung der in Genf seit vielen Jahren vertretenen französischen Politik. Obwohl viel Optimismus dazu gehöre, jetzt zu einer Abrüstungskonferenz zu gehen, müsse man doch hingeben, um einen Misserfolg zu vermeiden. Es müsse wenigstens ein Stillstand der Rüstungen erzielt werden, da diese die Welt in neue Gefahren zu stürzen drohten. Das beziehe sich besonders auf die Geheimrüstungen gewisser Länder, die am allergefährlichsten seien, da sie sich nicht klar erfassen ließen. Frankreich werde auf der Konferenz den Rechtsgedanken verteidigen.

Daß Frankreich unter dem „Rechtsgedanken“ den „Machtgedanken“ versteht, das hat schon allzuoft das heuchlerische Vochen Frankreichs auf die „Heiligkeit der Verträge“ in der Tributfrage gezeigt. Recht ist für Frankreich immer nur das, was seinem Machtstreben dient und Unrecht das, was nicht in seine rücksichtslosen Hegemoniepläne hineinpaßt.

Eine Lebensfrage für das deutsche Volk.

Deutschlands Ziele auf der Abrüstungskonferenz.

Am Vorabend der Abrüstungskonferenz ist es zweckmäßig, noch einmal die Ziele zu umschreiben, die nach Ansicht gut unterrichteter Kreise für die deutsche Abordnung zur Abrüstungskonferenz maßgebend sein müssen. Es handelt sich bei dem Abrüstungsproblem nicht um eine Frage, die mit innenpolitischen Strömungen verknüpft werden darf, sondern um eine Lebensfrage für das gesamte deutsche Volk. Die deutsche Abordnung kann versichert sein, daß sie bei ihrem Bestreben, in Genf tatsächliche Arbeit im Sinne der Abrüstung zu leisten, die gesamte deutsche Öffentlichkeit hinter sich hat. Die Abrüstung ist bekanntlich

im Völkervertrag vorgesehen

und soll jetzt nach jahrelanger Vorarbeit endlich in die Tat umgesetzt werden. Eine sehr wesentliche Rolle wird bei den Genfer Verhandlungen der bekannte Konventionssentwurf spielen, den Deutschland bekanntlich nicht angenommen hat. Deutschland wird in Genf, wie ausdrücklich betont werden muß, nicht dem Grenzwort der Partner aus dem Versailler Vertrag gegenüberstehen, sondern den Vertretern von 64 Staaten aus der ganzen Welt, die dem Völkervertrag angehören. Deutschland kann also sein Recht auf Abrüstung der anderen geltend machen

auf Grund der Bestimmungen des Völkervertrages,

der genau vorschreibt, nach welchen Grundsätzen die Abrüstung durchgeführt werden soll. Eine weitere Verhandlungsgrundlage bildet der Teil 5 des Versailler Vertrages, der bestimmt, daß nach erfolgter Abrüstung Deutschlands auch die übrigen Signatarmächte

ihre Rüstungen auf den von Deutschland erreichten Abrüstungsstand herabsetzen müssen.

Es darf aber in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß Deutschland als völlig gleichberechtigtes Mitglied des Völkervertrages Anspruch auf ein Abkommen hat, das gleiche Grundsätze für alle Beteiligten vorseht.

Die Meinungen über die Dauer der Abrüstungskonferenz geben erheblich auseinander. So viel steht fest, daß die deutsche Abordnung alle Möglichkeiten erschöpfen wird, um das zu erreichen, worauf Deutschland vom moralischen und rechtlichen Gesichtspunkte aus ein Recht hat.

Vor der Ratstagung in Genf.

Rücktritt Drummonds.

Die deutsche Abordnung für die Völkervertragsratstagung ist in Genf eingetroffen. Die deutsche Regierung wird zunächst durch den Osloer Gesandten, Freiherrn von Weisäcker, vertreten. Es ist jedoch zu erwarten, daß Staatssekretär von Bülow in den nächsten Tagen die Führung der deutschen Abordnung übernehmen wird.

Generalsekretär Drummond soll die Absicht haben, gleich zu Beginn der Tagung in einer geheimen Sitzung die Mächte über sein bevorstehendes Ausscheiden persönlich zu unterrichten. Die Frage der Neubesetzung des Postens wird wahrscheinlich während der Abrüstungskonferenz zunächst zwischen den Vertretern der Großmächte besprochen werden. Den Vorsitz auf der jetzigen Ratstagung führt der französische Vertreter Paul-Boncour.

Hochspannung Nanking-Tokio.

Die Japaner wollen Shanghai besetzen.

Nanking, 24. Januar. Auf einer Konferenz von Regierungsführern, an der auch Tschiangkaifek teilnahm, hat der chinesische Außenminister Tschou den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan vorgeschlagen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, doch wird allgemein erwartet, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Japan bereits in den nächsten Stunden erfolgt.

Das japanische Sondergeschwader ist in Shanghai eingetroffen, so daß sich dort nunmehr elf japanische Kriegsschiffe befinden.

1000 Seefeldboten sind mit Feldgeschützen, Maschinengewehren und großen Munitionsvorräten gelandet und in der internationalen Niederlassung einquartiert worden. Die Lage ist äußerst gespannt. In der Chinesenstadt sind sämtliche Truppen zusammengezogen worden. An den wichtigsten strategischen Punkten wurden Schützengraben und Barrikaden errichtet. Ein großer Teil der japanischen Bevölkerung hat die Stadt verlassen.

Der japanische Konsul hat mitgeteilt, daß er sich am Montag mit dem Bürgermeister in Verbindung setzen werde, um die endgültige Antwort auf das japanische Ultimatum zu erhalten. Sollte sie unbefriedigend ausfallen, so liege die Entscheidung bei den japanischen Marinebehörden.

Die japanische Marinekommandantur teilte mit, daß die japanischen Marineverbände bei Nichterfüllung der Bedingungen die wichtigsten Punkte Schanghais, die Chinesenstadt, das Arsenal und die chinesischen städtischen Gebäude besetzen würden.

Die Befürchtung, daß sich die Maßnahmen der Japaner auch auf die internationale Niederlassung ausdehnen könnten, hat zu englischen Vorstellungen bei dem japanischen Botschafter geführt, der das Versprechen abgab, daß er nicht in die Verhältnisse der internationalen Niederlassung eingreifen werde.

Wieder Steuerverzugszuschläge.

Erheblicher Rückgang der Steuereingänge. Die durch die vierte Notverordnung aufgehobenen Steuerverzugszuschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt. Der neue Verzugszuschlag beträgt halbmöndlich 1,5 Prozent, während der alte Verzugszuschlag bekanntlich erheblich höher war.

Der Zuschlag gilt für die wesentlichsten Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reichs als auch der Länder und Gemeinden. Die Bürgersteuer wird von den neuen Maßnahmen nicht erfaßt.

Die Wiedereinführung der Steuerverzugszuschläge ist darauf zurückzuführen, daß die Steuereingänge in letzter Zeit erheblich zurückgegangen sind.

Völkerverscheid in Danzig gescheitert.

Endergebnis: 75 000 Stimmen.

Der auf Betreiben der Kommunisten eingeleitete Völkerverscheid, der die Auflösung des Danziger Volkstages und den Sturz der jetzigen bürgerlichen Rechtsregierung zum Ziele hatte, wurde noch von den Sozialdemokraten und den Polen unterstützt, während die Nationalsozialisten und sämtliche bürgerlichen Parteien die Parole der Nichtbeteiligung ausgegeben hatten. Es wurden insgesamt 77 102 Stimmen abgegeben, davon 75 329 mit Ja. Da zum Erfolg des Völkerverscheides 111 284 notwendig waren, so ist der kommunistisch-sozialdemokratisch-polnische Völkerverscheid gescheitert.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 25. Januar 1932.

Beiblatt für den 26. Januar.

Sonnenaufgang	7 ¹¹	Mondaufgang	20 ¹¹
Sonnenuntergang	16 ¹⁷	Monduntergang	9 ¹¹

1920: der Rater Fritz August v. Kaulbach gest.

Die Mietsregelung bei Neubauten.

Verlängerung der Festsetzungsfrist.

Durch Reichsnotverordnung war angeordnet, daß den Mietern von Neubauten bis zum 25. Januar 1932 die Höhe der nach der Mietsenkung sich ergebenden endgültigen Miete mitgeteilt werden müsse. Da sich in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten ergeben haben, und die Besitzer von Neubauten dadurch vielfach nicht in der Lage sind, der Vorchrift zu genügen, ist durch Verordnung der sächsischen Regierung für Neubauten, die mit öffentlichen Darlehen errichtet worden sind, nachgelassen worden, daß die endgültige Miete erst bis zum 20. Februar d. J. den Mietern mitgeteilt zu werden braucht.

Der Nebel nahm am Sonnabend nach sechs Uhr abends eine solche Dichtigkeit an, daß er für den Verkehr eine direkte Gefahr bedeutete. So gerieten an der Rathausede zwei Kraftwagen aneinander und auf der Straße nach Dresden kamen eine ganze Reihe Autos mit Straßenbäumen in Berührung. Sie mußten alle so langsam fahren, daß größerer Schaden nirgends zu verzeichnen war. Heute morgen präsentierte sich die Natur bei sehr Grad Kälte im Schmude prächtigsten Raubtreises.

Turnverein VV. Der Gesang eines frischen Turnertedes eröffnete am Sonnabend in der „Tonhalle“ die Jahreshauptversammlung, die besonders von den Spielern sehr stark besucht war. Nach Grußworten gedachte der Vorsitzende Hans Schmidt der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder Westphal, Hienrich und Horn, zu deren ehrendem Gedenken man sich von den Mägen erhob. Unter Eingänge wurde bekanntgegeben die Verlegung der Sportberatungsstunde des Bezirksverbandes in Meissen auf den dritten Donnerstag im Monat, eine Einladung des Gauwes zum Bühnenturnen am 7. Februar im Alberttheater, sowie die Richtlinien für die Beteiligung von Schülern an öffentlichen Ausstellungen (Schauturnen usw. ausgenommen). Mitgeteilt wurde, daß der Stadtrat das Gesuch um Erloß der Steuern bei der Kinder-aufführung ausnahmsweise genehmigt und auch die Mietsforderung für die Turnhalle bis zum 31. März fallen gelassen hat. Zwei Abmeldungen standen zwei Anmeldungen gegenüber. Da dem nun vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht zog das ganze Vereinsjahr mit seinen Veranstaltungen und besonders dem so glanzvoll verlaufenen Bezirksturnfest noch einmal vorüber. Nicht unerwähnt dabei blieb, daß Ehrenvorsitzender Rat Hille den Ehrenbrief der Deutschen Turnerschaft erhielt. Turnwart Benath gab einen Bericht über den Turnbetrieb und hob vor allem die neu ins Leben getretene Männerabteilung hervor. Die regelmäßig Donnerstags 1/8 Uhr turnt. Es wurde reiche turnerische Arbeit geleistet und auch zahlenmäßig ging es gut voran. Das bewiesen besonders die Berichte der einzelnen Fachwarte. Frauen- und Mädchenturnwart Schuberl meldete einen Durchschnittserloß von 27 (18) Frauen und 43 (32) Mädchen, Knabenturnwart Preußer eine Steigerung der Durchschnittszahl der Knaben von 48 auf 58. Ein ganz besonderes Aufblühen erfuhr die Spielabteilung. Sie umfaßt unter Leitung von Spielwart Blume 7 sieben Mannschaften, die 133 Spiele austragen und davon 83 gewonnen. Der Spielmannszug hat wieder mit den Übungen begonnen und der vom Führer Blume gegründete Knabenspielmannszug verzeichnet erfreuliche Fortschritte. Des Vorwärts des Vereins drückte sich auch im Bericht des Kassierers Breuer aus. Die Rechnung war geprüft und in Ordnung befunden worden und der Kassierer wurde entlastet. Ihm wie sämtlichen Turn- und Fachwarten und besonders dem Vorsitzenden wurde für ihre Mühewaltung herzlich gedankt. Bei den Wahlen wurde Curt Fische wieder- und Kurt Märker neu in den Turnrat gewählt. Sämtliche Fachwarte wurden wiedergewählt. Das neugeschaffene Amt eines Oberturnwartes wurde einstimmig Walther Benath übertragen. Am der wirtschaftlichen Lage vieler Mitglieder gerecht zu werden, wird der Jahresbeitrag von 7,20 auf 5 Mark gesenkt. Die Spielabteilung führt ab 1. Juli getrennte Kasse. Auf Anregung des Gauwes findet am 6. März im „Löwen“ ein Winterhilfsabend statt, an dem sich neben dem hiesigen die Turnvereine Grumbach, Jesselsdorf, Oberbernsdorf, Herzogswalde und Möhren beteiligen. Der Reingewinn fließt dem Gau zur Unterstützung in Not geratener Vereine zu. Zum Schluß brachte Oberturnwart Benath den von der Turnerschaft ausgearbeiteten Arbeitsplan für das laufende Jahr zum Vortrag. Er ist sehr reichhaltig und fand die Zustimmung der Anwesenden.